

Ein Plädoyer für den Teerhof



Die Weserburg – Bremens Museum für moderne Kunst – bleibt voraussichtlich am Teerhof, allerdings mit einem deutlich verkleinerten Ausstellungsangebot.

FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

Bremen. Der Münchener Kunsthistoriker Helmut Friedel plädiert in seinem Gutachten dafür, die Weserburg – Museum für moderne Kunst – an ihrem bisherigen Stand-

ort auf dem Bremer Teerhof zu belassen. Allerdings soll das Sammlermuseum mit deutlich weniger Platz auskommen. Von der bisherigen Ausstellungsfläche von

rund 4800 Quadratmetern sollen nur rund 2200 Quadratmeter übrig bleiben. Das ist zumindest die Empfehlung des Stiftungsrates der Weserburg, der das Gutachten bei

dem renommierten Kunstprofessor Friedel in Auftrag gegeben hatte. Helmut Friedel hat früher das Lenbachhaus in München geleitet. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 22**



Zweite Petition zu Unterrichtsausfall

Bremen (ala). Die Mutter einer Achtklässlerin fordert die Bremer Politik auf, sich noch vor der Wahl mit dem Stundenausfall an Schulen zu befassen und nach einer Lösung zu suchen. Deshalb hat Irene Bejenke Walsh eine zweite Petition direkt bei der Bürgerschaft eingereicht, nachdem sich auf der Internetseite openPetition bisher 1564 Unterstützer eingetragen haben. „Der Unterrichtsausfall ist eine bremenweite Katastrophe“, sagt Bejenke Walsh. Ihr Eilantrag, das Thema gleich bei der nächsten Sitzung des Petitionsausschusses in diesem Monat zu behandeln, ist abgelehnt worden. Es sei in der Kürze der Zeit nicht mehr möglich, die umfangreiche Tagesordnung zu ändern, teile ihr die Bürgerchaftskanzlei mit. Das Bildungsressort will in der kommenden Woche über den bisherigen Unterrichtsausfall in diesem Schuljahr informieren. Ein Sprecher: Die Behörde unternehme alles, um für ausreichend Vertretungslehrer zu sorgen. **Bericht Seite 9**

Bremen schickt erste Rechnung an die DFL

Behörden stufen Werder-HSV als Hochrisikospielein / CDU: Plötzliche Aktion ist Wahlkampf geschuldet

VON PETER VOITH

Bremen. Bremen schreibt der Deutschen Fußball-Liga (DFL) nun doch die erste Rechnung. Und zwar für die voraussichtlichen zusätzlichen Polizeikosten, die entstehen, wenn der HSV am 19. April zu Gast im Weserstadion ist. Die Polizei rechnet mit 4000 bis 5000 Fans aus Hamburg, darunter mehrere Hundert gewaltbereite. Auch auf Bremer Seite werde mit einer ähnlich hohen Zahl von Problemfans gerechnet. Innenminister Ulrich Mäurer (SPD) bestätigte dem WESER-KURIER, dass seine Behörde der DFL schon vor rund zwei Wochen mitgeteilt habe, einen Gebührenbescheid erstellen zu wollen.

Wie hoch der sein werde, sei noch unklar. Doch die Summe dürfte „bei 300.000 Euro liegen“, so Mäurer. Er glaube jedoch nicht, dass die DFL die Rechnung gleich bezahle, sondern dass sie, wie vor Monaten angekündigt, den Rechtsweg beschreiten werde. Eine offizielle Stellungnahme der DFL war nicht mehr zu erhalten.

Üblicherweise analysieren Sicherheitsbehörden erst wenige Tage vor Beginn des Spiels, mit wie viel Gewalt abseits des Stadions gerechnet werden muss, also ob es sich etwa um ein „Rot“- , „Orange“- oder „Grün“-Spiel handelt. Doch das beim Werder-Spiel gegen den HSV mit Ausschreitungen gerechnet werden muss und von daher ein weit höherer Polizeikräftebedarf als üblich notwendig ist – nach den Worten des Innenministers sei das „eigentlich nie strittig gewesen“. Er begründete dies mit den Vorfällen aus den vergangenen Jahren. Wenn der HSV zu Gast gewesen sei, habe es immer wieder „sehr brisante Situationen“ gegeben – als Hooligans vom Schiff aus HSV-Fans beschimpften oder als Teile des Osterdeichrasens zerstört wurden, indem mit ätzender Flüssigkeit üble Vokabeln in Richtung HSV-Fans abgegeben wurden. Der Innenminister nannte die Verantwortlichen für diese Aktionen „Vollidioten“.

Als Mäurer und der Senat mit dem Vorstoß, die DFL bei Hochrisiko-Spielen an den Polizeikosten zu beteiligen, im Mai vo-

rigen Jahres für bundesweite Schlagzeilen sorgten, machten Fußball- und Sicherheitsexperten folgende Paarungen als mögliche sogenannte Rot-Spiele aus: gegen Hannover, gegen Dortmund, gegen Frankfurt und eben gegen den HSV. Als dann weder nach den Begegnungen gegen Hannover noch gegen Dortmund eine Rechnung an die DFL geschrieben wurde, sprachen Spötter bereits von „viel Lärm um nichts“. Doch nun ist der Lärm wieder da.

Für Wilhelm Hinners, den innenpolitischen Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, kam die Nachricht „überraschend“. Dass der Senat jetzt plötzlich doch noch eine Rechnung an die DFL schicken wolle, so vermutete Hinners, „ist wohl dem Bürgerchaftswahlkampf geschuldet“. Die CDU sei nach wie vor gegen eine Beteiligung der DFL an den zusätzlichen Polizeikosten. Bei der Gewaltbereitschaft handele es sich um ein gesellschaftliches Problem, das man mit anderen Mitteln lösen müsse als damit, eine Rechnung zu schreiben. Hinners: „Nach einer Rechnung

hört die Randal ja nicht auf.“ Ganz andere Töne kamen naturgemäß vom eigentlichen Initiator der Polizeikosten-Beteiligung. SPD-Fraktionschef Björn Tschöpe erklärte in Richtung DFL: Bremen gehe nun „konsequent den nächsten Schritt, um durchzusetzen, dass dieser milliardenschwere Unterhaltungskonzern endlich angemessen an den Kosten beteiligt wird, die durch die Kravalle rund um die von ihm durchgeführten Profifußballspiele entstehen.“ Er sei „fest davon überzeugt“, dass die Kostenbeteiligung auch vor Gericht Bestand haben werde, sagte Tschöpe.

In einer repräsentativen Umfrage des Alsenbach-Instituts vom Dezember 2014 waren 50 Prozent der Bürger der Auffassung, dass die Vereine beziehungsweise die DFL die Kosten vollständig übernehmen sollten. 33 Prozent meinten, dass sich Bundesländer sowie Vereine und DFL die Kosten teilen sollten. Nur sechs Prozent befürworteten die bisherige Regelung, dass die Kosten für die Polizeieinsätze vollständig von den Ländern getragen werden.

Tröglitz: Suche nach den Tätern

Tröglitz. Nach dem Brandanschlag auf eine geplante Unterkunft für Flüchtlinge in Tröglitz (Sachsen-Anhalt) läuft die Suche nach den Tätern auf Hochtouren. Das Bundesland hat für Hinweise, die zur Ergreifung der Täter führen, 20.000 Euro Belohnung ausgesetzt. Nach Angaben des zuständigen Landrats Götz Ulrich (CDU) sollen trotz des Anschlags im Mai oder Juni die ersten zehn der geplanten 40 Flüchtlinge in Tröglitz unterkommen. Es gebe Angebote von Einwohnern, Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Wie geeignet die Räume tatsächlich seien, solle in den kommenden Tagen geprüft werden.

Kommentar Seite 2-Thema Seite 3

Gabriel findet Reparationsdebatte dumm

Berlin-Athen. Die Bundesregierung weist die neue Forderung Griechenlands nach 278,7 Milliarden Euro als Wiedergutmachung für NS-Verbrechen zurück. Vizekanzler Sigmar Gabriel sagte am Dienstag, die Reparationsfrage sei juristisch erledigt. Der SPD-Vorsitzende warnte zugleich, es sei „dumm“, Entschädigungsforderungen mit den laufenden Verhandlungen über Kredithilfen zu vermischen.

Die dreistellige Milliardensumme haben Experten des griechischen Finanzministeriums und der Zentralbank ermittelt. Darin enthalten sind Entschädigungen für Kriegsverbrechen und -schäden sowie Ansprüche aus einer Zwangsleihe, die 1942 die Bank von Griechenland der Deutschen Reichsbank geben musste. Deutschland

pocht auf ein Abkommen von 1960, nach dem Athen 115 Millionen Mark ausgezahlt wurden.

Gabriel räumte ein, dass Deutschlands moralische Verantwortung bestehen bleibe. Es dürfe keinen „Schlussstrich“ geben, betonte er – ohne konkret zu werden. Der SPD-Chef sagte außerdem, vor den Opfern der griechischen Bevölkerung in der Schuldenkrise müssten die Deutschen „verdammte Respekt“ haben. „Griechische Normalbürger büßten dafür, dass ihre Eliten das Land „ausgeplündert“ hätten. Griechenland müsse in der Eurozone wieder auf die Beine kommen – „und nicht außerhalb“. Ohne rasche Hilfen droht Athen schon bald der Staatsbankrott. Die Euro-Partner und der IWF haben Kredite von 7,2

Milliarden Euro auf Eis gelegt, weil viele Reformauflagen nicht erfüllt sind.

Verteidigungsminister Panos Kammenos warf Deutschland vor, sein Land politisch unterwerfen zu wollen. Griechenland wolle keinen Austritt aus der Eurozone, erklärte er am Dienstag. Sollte es aber zum Bruch kommen, werde Athen Abkommen mit „wem es auch kann“ schließen – etwa den USA, Russland, China, Indien und anderen Ländern. Die Regierung in Athen habe sich deswegen auf der ganzen Welt umgehört. Er warnte, bei einem „Grexit“ müssten die Geldgeber „gleich 320 Milliarden Euro an griechischen Schulden abschreiben“ – dies ist die Gesamtsumme des über Jahrzehnte aufgehäuften griechischen Schuldenbergs.

Klinikverbund nimmt Kritik an

Bremen (wig). Der städtische Klinikverbund Gesundheit Nord (Geno) hat auf die Erwartungen der Landesregierung reagiert und betont, sie werde den „Sanierungskurs mit noch mehr Nachdruck“ vorantreiben und die Ausgaben des Unternehmens künftig genau beachten. Der Senat hatte sich am Dienstag mit dem „Zukunftsplan 2017“ der Geno beschäftigt, der einen Weg aus der Krise weisen soll. Es wurde hervorgehoben, dass die Gesundheit Nord bereits Erfolge bei der wirtschaftlichen Stabilisierung erzielt habe. Allerdings seien weitere Anstrengungen nötig, um die Zahl der Beschäftigten in der Verwaltung zu verringern. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 11**

INHALT	
Familienanzeigen	20
Fernsehen	28
Immobilienmarkt	26
Lesermeinung	4
Rätsel & Roman	19
Tipps & Termine	18
Veranstaltungsanzeigen	6

H 7166 • 28189 BREMEN



BREMEN

Steuer lassen blinde Frau stehen

Bremen. Vergelblich hat Marion Kohnheim kürzlich versucht, ein Taxi zu finden, das sie vom Hauptbahnhof nach Hause fährt. Sie ist blind, und die Fahrer weigerten sich wegen ihres Blindenhundes, sie mitzunehmen. Etwa sieben Fahrer musste sie in jener Nacht ansprechen, bis einer sie und ihren Hund Charly mitnahm. Der Behindertenbeauftragte Joachim Steinbrück fordert für solche Fälle eine klare Taxiordnung. **Seite 10**

SPORT

Dutt beschäftigt sich mit 2. Liga

Bremen. Robin Dutt ist nicht neidisch, dass es seinem ehemaligen Klub inzwischen viel besser geht als seinem aktuellen. Das sagte der Sportvorstand des VfB Stuttgart dem WESER-KURIER. Am Sonntag kommt es in der Bundesliga in Stuttgart zu einem Wiedersehen mit dem SV Werder, der sich im Gegensatz zu den Süddeutschen keine Sorgen mehr um den Klassenerhalt machen muss. Dutt dagegen befasst sich bereits mit der 2. Liga. **Seite 23**

FUSSBALL AKTUELL

VfL Wolfsburg – SC Freiburg 1:0

WIRTSCHAFT

Hansa-Flex-Gründer gestorben

Bremen. Joachim Armerding, der Gründer von Hansa-Flex, ist in der vergangenen Woche im Alter von 79 Jahren gestorben. Der Gründer des Marktführers im Hydraulikbereich habe sich auch im hohen Alter und trotz Krankheit noch in der Firma engagiert, teilte der Konzern mit. Viele Mitarbeiter seien von der Nachricht getroffen und traurig. Joachim Armerding war bereits 2002 aus der Geschäftsführung ausgestiegen. **Seite 17**

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
12°	3°	30%

Teils bewölkt, teils freundlich
Trotz eines Hochs über Großbritannien und Frankreich ziehen über Mitteleuropa gebläute Wolkenfelder.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 8 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell